

# Leitantrag

eingbracht vom Erweiterten Präsidium zur Beschlussfassung durch die Landeskonferenz des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes Wien am 15. Juni 2019

## **Wir sind da. Für Selbstständige & EPU in Wien.**

Österreich ist ein Land der Klein- und Mittelbetriebe, und das ist gut so. Sie sichern unseren Wohlstand und die meisten Arbeitsplätze. Österreich ist aber auch ein Land der Politik für die Konzerne, und das hat viel mit der Lobby-ÖVP zu tun und zuletzt auch mit der schwarz-blauen Bundesregierung. Diese hat kein Herz für die vielen Ein-Personen-Unternehmen und Klein- und Mittelbetriebe, sie hat sich der Industrie zur Gänze unterworfen. Fast alle Vergünstigungen und Erleichterungen der Regierung kommen der Industrie und den Konzernen zugute.

Als Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Wien treten wir genau für den umgekehrten Weg ein: Ein-Personen-Unternehmen und Klein- und Mittelbetriebe entlasten und Steuergerechtigkeit bei Konzernen rasch herbeiführen! Denn wir sind die Interessenvertretung der Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe. Wir setzen uns für die vielen ein, die jeden Tag hart für ihren Unternehmenserfolg arbeiten und nicht für die wenigen, die nur schauen, wie sie noch weniger Steuern zahlen können.

Wir setzen uns dafür ein, dass die vielen Selbstständigen steuerlich entlastet werden. Wir arbeiten dafür, dass junge Menschen leichter ein Unternehmen gründen können, und dass ältere UnternehmerInnen auch im Alter sicher sein können, dass sie gut sozial abgesichert sind. Wir sind dafür da, dass Frauen darauf vertrauen können, dass sie in der Schwangerschaft bei ihrer Selbstständigkeit unterstützt werden, und dafür, dass alle Selbstständigen in der Wirtschaftskammer kandidieren dürfen, und damit Verantwortung für ihre BranchenkollegInnen übernehmen können.

Kurz: Wir sind für die Wiener Selbstständigen da. Wir sind da, wenn es darum geht, für ihre Interessen und Anliegen einzustehen.

Wir hören zu und tauschen uns mit ihnen intensiv aus. All die tägliche Arbeit vor Ort bildet die Grundlage für diesen Leitantrag.

### **Wir sind da.**

Für eine Wirtschaftspolitik der Fairness und der Möglichkeiten.

### **Wir sind da.**

Um das zu erreichen.

### **Wiener Unternehmen im Fokus**

Wir machen uns dafür stark, dass bei Vergaben alle Spielräume des EU-Rechts genutzt werden, um Klein- und Mittelbetriebe zu stärken. Die Stadt Wien hat diesen Vorschlag von uns aufgegriffen und legt künftig bei Auftragserteilungen besonderen Wert auf schnelle Verfügbarkeit, kurze Transportwege und qualitätsbezogene Aspekte. Durch den sogenannten Wien-Bonus für Unternehmen sollen gerade Klein- und Mittelbetriebe höhere Chancen bei Vergaben erhalten. Schließlich sind sie es, die in den Standort investieren und Arbeitsplätze schaffen. Damit sie einen Vorteil haben, müssen öffentliche Aufträge aber auch so gestaltet sein, dass sich vor allem kleine und mittelständische Unternehmen daran beteiligen können.

### **Unsere Forderungen:**

- Nutzung aller Spielräume des EU-Rechts, um Wiener Unternehmen durch die Vergabe von öffentlichen Aufträgen zu stärken.
- Ausschreibungen so gestalten, dass sich vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen beteiligen können.
- Keine Generalunternehmer-Ausschreibungen.

### **Klare und moderne Verwaltung**

Wir möchten für Selbstständige ein Umfeld schaffen, in dem ihre Interessen bestmöglich berücksichtigt werden. Das gilt sowohl für die Stadt- und Bundesebene als auch für die Wirtschaftskammer.

Gesetzliche Auflagen, die überbordend und unklar sind und daher verschieden ausgelegt werden, kosten Unternehmerinnen und Unternehmern viel wertvolle Zeit. Es braucht eine Verwaltung, die unkompliziert Qualität, Sicherheit, Standards und Schutz bietet, mit klaren Regeln im Vollzug.

### **Unsere Forderungen:**

- Beraten statt Strafen im Betriebsanlagenrecht und Datenschutzrecht (DSGVO).
- Vereinfachungen im Gewerberecht: Ein Gewerbeschein für alle 14 Berufsbilder in der Fachgruppe Werbung und Marktkommunikation.
- Anhebung der Grenze für die sofortige Absetzbarkeit von geringwertigen Wirtschaftsgütern auf 1.800 Euro.
- Erhöhung des Investitionsfreibetrags.
- Absetzbarkeit eines PKWs. Zum Beispiel gehört das Auto für den mobilen Friseur zum Beruf.

### **Fairer Wettbewerb für alle**

Unseriöse Unternehmen, die sich nicht an Gesetze halten, Preise drücken und ihre Kundinnen und Kunden über den Tisch ziehen, gibt es leider in vielen Branchen. Die unlauteren Methoden reichen von fehlenden oder falschen Rechnungen und Anmeldungen von Beschäftigten, über das Verwenden von Fake-Namen im Internet und Verstößen gegen die Gewerbeordnung oder die Rückkehrpflicht. All das schadet den ehrlichen Selbstständigen in Wien und gehört dringend abgeschafft. Neben dem fairen Wettbewerb braucht es für UnternehmerInnen gute Arbeitsbedingungen. Dazu gehört auch, dass sie in der Ausübung ihrer Tätigkeit nicht eingeschränkt werden.

### **Unsere Forderungen:**

- Faire Vertragsbedingungen für Kleintransportunternehmen und für Kurier-Express- und Paketdienste.
- Verstärkte Auftraggeberhaftung im Paketzustellbereich.
- Keine neuen Zufahrtsbeschränkungen in Wien.
- Reform des Gelegenheitsverkehrsgesetzes im Sinne einer Vereinheitlichung der Rechte und Pflichten für Taxi- und Mietwagenunternehmen durch die Regierung.
- Fiaker müssen in der Wiener Innenstadt erhalten bleiben. Eine schrittweise Zurückdrängung sowie eine komplette Verbannung des traditionellen Gewerbes aus der Inneren Stadt wird abgelehnt.

### **Effektiver Schutz vor Dumping**

Österreich ist stark vom grenzüberschreitenden Lohn- und Sozialdumping betroffen. Für einen fairen Wettbewerb braucht es deshalb europaweit Maßnahmen, die eine effektive Kontrolle des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ sicherstellen. Die neue EU-Entsenderichtlinie sowie die beschlossene Einrichtung einer europäischen Arbeitsbehörde sind hierfür ein wichtiger Schritt. Die Arbeitsbehörde muss nun rasch und mit ausreichenden Mitteln aufgebaut werden. Eine funktionierende Kontrollinstitution schützt die österreichischen Klein- und Mittelbetriebe vor Dumpingmethoden durch Unternehmen aus anderen EU-Staaten.

### **Unsere Forderung:**

- Ende des Lohn- und Sozialdumpings.

### **Gute Bedingungen, lebendige Grätzler**

Während der internationale Online-Handel rasant steigende Umsätze verzeichnet, geraten die Wiener HändlerInnen zunehmend unter Druck. Im Gegensatz zu Konzernen leisten sie die vorgesehenen Steuern und Abgaben. Der Wettbewerb ist damit völlig verzerrt.

Hinzu kommen hohe Mietkosten, die den Selbstständigen und Betrieben ebenso wie Privatpersonen massiv zu schaffen machen. Damit der Wiener Handel weiterhin für lebendige Grätzler sorgt, braucht es ausreichend Unterstützung, auch von der Wirtschaftskammer. Eine funktionierende Nahversorgung in allen Teilen der Stadt bedeutet Lebensqualität für die WienerInnen.

#### **Unsere Forderungen:**

- Leistbare Erdgeschoßflächen.
- Vormietrecht für EPU/KMU im geförderten Wohnbau.
- Online-Handel: Steuern müssen im Zustellland gezahlt werden.

#### **Gerechtigkeit in digitalen Zeiten**

Die österreichischen UnternehmerInnen leisten ihren Beitrag zum Gemeinwohl, internationale Online-Konzerne nicht. Diese erwirtschaften in Österreich mit Werbegeldern Millionengewinne, versteuern sie hierzulande aber nicht und tragen damit nicht zur österreichischen Wertschöpfung bei. Das verschafft ihnen enorme Wettbewerbsvorteile und sorgt für eine ungehörige Schiefelage. Gerechtigkeit wird es aber nicht mit der schwarz-blauen Idee geben, die Werbeabgabe auf digitale Medien auszuweiten. Stattdessen müssen endlich gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen geschaffen und Klein- und Mittelbetriebe entlastet werden.

#### **Unsere Forderungen:**

- Einführung der digitalen Betriebsstätte, also Zurechnung der Gewinne auch ohne physische Präsenz. Keine Kompromisse bei der Digitalsteuer. Die Besteuerung muss so gestaltet werden, dass österreichische Klein- und Mittelbetriebe nicht von der Maßnahme betroffen sind.
- Abschreibung von IT-Hardware/Arbeitsgeräten.
- Steuersystem an Funktionsdauer von digitalen Geräten anpassen.
- Online-Steuerabschätzung für EPU/KMU.
- Anrecht auf 200 Gratis-Bankzeilen pro Monat.

#### **Gute Absicherung ein Leben lang**

Damit Selbstständige gut abgesichert sind, gibt es noch viel zu tun. Gerade bei Krankheit und Kinderbetreuung braucht es unterstützende und klare Regelungen. Bewegung braucht es auch bei der Krankensteuer. Der Selbstbehalt stellt für viele Kleinst- und KleinunternehmerInnen nach wie vor eine große Belastung dar. Hier muss die Fusion von SVA und SVB Anlass sein, diesen, wie von uns gefordert, sofort zu streichen. Immerhin kündigte die Bundesregierung eine Leistungsharmonisierung im Rahmen der Fusion an. Sicherheit braucht es in der Frage, ob bzw. von wem der Zuschuss zur Entgeltfortzahlung für Klein- und Mittelbetriebe künftig finanziert wird.

#### **Unsere Forderungen:**

- Sofortige Abschaffung der Krankensteuer (20-prozentiger Selbstbehalt).
- Krankengeld ab dem vierten Tag, ohne Wartefrist.
- Einführung eines SVA-Fixbetrags für GründerInnen.
- Erhalt des Zuschusses zur Entgeltfortzahlung für Klein- und Mittelbetriebe.
- Bildungskarenz für Selbstständige und kostenlose Weiterbildungsangebote.
- Anspruch auf Mindestsicherung mit Gewerbeberechtigung.
- Automatische Aussetzung der SVA-Beiträge im Mutterschutz.
- Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab einem Jahr für selbstständige Eltern, wenn sie eine Bestätigung über den Fortbestand ihres Betriebs erbringen.

### **Transparente und demokratische Kammer**

In der Wirtschaftskammer geht es nicht gerecht zu. Industrie und Banken sind stark überrepräsentiert, die Wahlen sind undurchsichtig und wenig demokratisch. Das schlägt sich auch in der konstant niedrigen Wahlbeteiligung nieder. Um die vielen Wiener Selbstständigen von der Kammer und ihren Wahlen zu begeistern, braucht es daher mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Eine moderne und demokratische Kammer bedeutet für uns aber auch mehr Einbindung und eine gute Servicierung der Mitglieder auf allen Ebenen. Wir möchten eine Kammer, die das Wirtschaftsleben widerspiegelt und professionalisiert sowie mitgliederorientiert arbeitet.

### **Unsere Forderungen:**

- Automatische Zustellung von Wahlkarten für alle UnternehmerInnen, gleichzeitig und rechtzeitig.
- Veröffentlichung des Urwahlergebnisses ohne Zuzählungen.
- Öffentliche Ausschusssitzungen.
- Wahlrecht für alle Mitglieder.
- Direktwahl Wirtschaftsparlament.
- Berufszweige besetzen gemäß Urwahlergebnis.
- Petitionsrecht auf allen Ebenen.